Sind Militärs die besseren Pandemiebekämpfer?

Immer mehr europäische Länder wollen Militärs bei der Bekämpfung der Coronakrise stärker einbeziehen. Ein Militärstratege erklärt, warum das auch in Österreich Sinn haben würde.

MARIAN SMETANA

WIEN. Ob ein U-Boot-Kommandant in Portugal, ein Afghanistan-Veteran in Italien oder nun ein Panzergeneral in Deutschland. Immer mehr Länder setzen bei der Bekämpfung der Coronakrise und vor allem bei der Abwicklung der Impfkampagnen auf krisenerfahrene Militärs. Und in Österreich?

"Wäre das ebenfalls vorstellbar, das Bundesheer kann das", sagt Walter Feichtinger, Militärstratege und Brigadier im Ruhestand. "Das Militär ist grundsätzlich auf Krisenfälle eingestellt, selbst wenn gar keine Krise unmittelbar droht. Alle Militärs werden ausgebildet, dass sie in Krisen funktionieren", sagt Feichtinger. Für den Militärstrategen würde eine stärkere und flächendeckende Einbindung des Heeres etwa bei der Organisation von Test- oder Impfstraßen auf der Hand liegen.

Aber was würden Militärs anders machen? Ein erster Schritt der militärischen Herangehensweise, der zwar logisch klingen mag, aber in der Politik oft nicht passiert bzw. kommuniziert wurde, wäre folgender: "Das Ziel muss klar definiert werden", sagt Feichtinger. "Das ist der zentrale Punkt. Wenn man das nicht definiert, dann gibt es extrem viel Reibungsverluste und Ressourcenverschwendungen." Umgelegt auf eine mögliche Zielsetzung in der Pandemiebekämpfung wäre also zu klären, was man erreichen will: Das Virus ausrotten? Eine Impfquote von 85 Prozent erreichen? Mit flächendeckenden PCR-Tests möglichst sicher durch die Krise kommen? Usw. "Dann gibt es eine Lagebeurteilung und am Ende werden die Möglichkeiten erörtert, wie das Ziel erreicht werden kann. So wäre die militärische Herangehensweise."

Wobei der Brigadier im Ruhestand betont, dass freilich die Politik das Ziel vorgeben muss. Außerdem würde das Heer laut Feichtinger etwa nie eine eigene Impfkampagne starten. "Das Militär kann kann: "Das Heer hat eine Struktur, nur unterstützend tätig sein, etwa beim Aufbau von Impf- oder Test- den kann.



Wien, wie hier in der Stadthalle, kooperierte man mit dem Samariterbund.

straßen. In der Krisenbewältigung kann es aber entscheidend sein, die Politik hier zu entlasten. Denn die politischen Entscheidungsträger müssen sich mittlerweile mit vielen Details beschäftigen, also mit Mikromanagement. Dadurch haben sie nicht mehr die Zeit, sich um die großen Fragen zu kümmern."

Der zweite Vorteil des Heeres liegt laut Feichtinger in den Ressourcen, auf die man zurückgreifen die auch schnell bereitgestellt wer-

Und neben der klaren Organisation und der Struktur könnte die stärkere Einbindung des Militärs laut Feichtinger auch noch einen wichtigen Nebeneffekt haben: die Entpolitisierung der Krisenbewältigung. "Vielleicht wird dann die Coronakrise von Politik und Bürgern wieder als das gesehen, was sie ist: eine Naturkatastrophe, die man gemeinsam mit allen Kräften bewältigen muss." Das Bundesheer sei im Gegensatz zu den Militärs in anderen Ländern sogar explizit dazu da, im Inland im Katastrophenfall zu rufssoldat bis zum Leutnant.

helfen. "Aber selbst in Deutschland, wo die Bundeswehr eigentlich aus inneren Angelegenheiten rausgehalten wird, greift man nun vermehrt auf die militärische Expertise zurück", so Feichtinger.

In Teilbereichen ist das Österreichische Bundesheer natürlich schon aktuell im Coronakrisenmanagement eingebunden. Das Bundesheer steht weiterhin mit annähernd 600 Personen im Einsatz zur Bekämpfung der Covidpandemie. Etwa beim Contact Tracing, mit mobilen Testteams in Tirol, beim Betreiben von neun Teststationen in Niederösterreich, bei den Einreisekontrollen an den Flughäfen Wien und Salzburg, aber auch am Bahnhof in Salzburg.

"Das Militär ist auf Krisenfälle eingestellt."





Seit 1. Dezember 2021 betreibt das Bundesheer auf Ansuchen des Landes Salzburg auch vier Impfstraßen in der Schwarzenberg-Kaserne. Das medizinische Personal stellt das Land Salzburg.

Auch bei den ersten Massentests vor genau einem Jahr, die ein möglichst sicheres Weihnachtsfest garantieren sollten, war das Bundesheer maßgeblich eingebunden und für den Ablauf mitverantwortlich. Doch die Entscheidungsträger in Bund und Ländern verzichteten im Verlauf der Krise auch immer mehr auf das Bundesheer. Danach gerufen wurde dann, wenn es eng wurde. Etwa wenn die Behörden das Contact Tracing nicht mehr schafften oder die Tests für die Ausreise aus Hochinzidenzgebieten nicht mehr von der Polizei allein kontrolliert werden konnten.

Das militärische Denken in der Krisenbewältigung könnte mit der jüngsten Regierungsumbildung jedenfalls auch in der Politik Einzug halten. Bundeskanzler Karl Nehammer brachte es in seiner Zeit als Be-

Österreichs Solidarität ist zum "Genieren"

Heftige Kritik an Flüchtlingspolitik zum Tag der Menschenrechte.

WIEN. Scharfe Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung übte am Freitag die Liga für Menschenrechte: Sie sei "wirklich eine Schande, wir müssen uns dafür genieren", sagte Präsidentin Barbara Helige angesichts der Tatsache, dass sich Österreich nicht an der EU-Initiative zur Aufnahme besonders schutzwürdiger afghanischer Menschen beteiligt.

15 EU-Länder wollen rund 40.000 besonders schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan aufnehmen. Österreich wird sich nicht beteiligen, wurde am Freitag – am Tag der Menschenrechte – bekannt. Auch die ehemalige Liberalenchefin Heide Schmidt sagte, sie schäme sich für die mangelnde Solidarität mit von den Taliban bedrohten afghanischen Frauen: "Es beschädigt die Zuneigung zu meinem Land, zu sehen, wie hier mit Menschenrechten umgegangen wird."

Generell würden Menschenrechte in Österreich zunehmend "egozentrisch formuliert", stellte Barbara Helige fest – etwa wenn Einzelne es als Verlust der Freiheit beklagen, dass sie ohne Coronaimpfung nicht in Lokale dürfen. Der jüngst zum Thema gewordenen Spaltung der Gesellschaft leiste die Regierung Vorschub, indem sie Interessen starker Lobbys fördere. Dabei seien die großen Krisen - Pandemie, Klimaschutz, Migration - nur solidarisch zu lösen.

Linhart geht ohne Groll

WIEN. Kurzzeit-Außenminister Michael Linhart (63) wechselt aller Voraussicht nach auf den Botschafterposten in Berlin. Das Außenminister-Amt habe ihm zwar in den 56 Tagen "sehr viel Spaß" gemacht, doch sei der Wechsel in die deutsche Hauptstadt Berlin "eine neue Herausforderung", auf die er sich sehr freue, sagt der Spitzendiplomat. Groll hegt Linhart nach eigenen Worten

Der Impfkanzlerpimpf oder die zwölf Impfreaktionen des Karl N.

Die Impflation impfernalisch impfdiskreter Impfbegriffe macht auch vor eben erst impfstallierten ÖVP-Niederösterreich-Impferialisten nicht impfdividuell halt.



impfosant





unimpformiert



impfindlich



impfektionsscheu



impfrovisationsfreudig







impfquisitorisch



Impfanterieoffizier



impflationsängstlich



impfantil



Impflantat (Zahn)

